

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Änderung des Sprachgesetzes: Erlernen einer zweiten Landessprache

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Gökce, Melike

Bevorzugte Zitierweise

Gökce, Melike 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Änderung des Sprachgesetzes: Erlernen einer zweiten Landessprache, 2015 - 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----------------------------------|---|
| Allgemeine Chronik | 1 |
| Bildung, Kultur und Medien | 1 |
| Kultur, Sprache, Kirchen | 1 |
| Sprachen | 1 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------------|--|
| WBK-SR | Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats |
| WBK-NR | Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats |
| <hr/> | |
| CSEC-CE | Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des Etats |
| CSEC-CN | Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national |

Allgemeine Chronik

Bildung, Kultur und Medien

Kultur, Sprache, Kirchen

Sprachen

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 05.11.2015
MELIKE GÖKCE

Im Dezember 2014 reichte die WBK-NR eine Kommissionsinitiative ein, welche eine Änderung des Bundesgesetzes über die Landessprachen (SpG; SR 441.1) verlangte. Die Änderungen betreffen in erster Linie Art. 15 Abs. 3 und sollen das **Erlernen einer zweiten Landessprache ab der Primarschule** im Gesetz festschreiben. Die WBK-SR erteilte diesem Anliegen aber mit sieben zu vier Stimmen bei einer Enthaltung eine Absage. Zeitgleich wurde auch die parlamentarische Initiative 14.460 ("Als erste Fremdsprache ist eine zweite Landessprache zu unterrichten") einstimmig abgelehnt. Die ständerätliche Kommission begründete ihren Entscheid damit, dass beide Initiativen jeweils in die kantonale Bildungshoheit und Gestaltung des Sprachunterrichtes eingreifen würden. Zudem werde die Frage nach dem Fremdsprachenunterricht bereits im Rahmen der Debatte um den nationalen Zusammenhalt emotional diskutiert. Eine Minderheit der Kommission wollte der parlamentarischen Initiative Folge geben, da – obwohl vom Bundesrat oft signalisiert wurde, dass bei allfälligen Koordinationsschwierigkeiten bezüglich der Harmonisierung des Schulwesens der Bund ein Eingreifen überprüfen würde – die zahlreichen kantonalen Vorstösse bezüglich des Sprachunterrichtes aufzeigten, dass sich die Harmonisierung in der Schwebe befinde. Die nationalrätliche Kommission entschied daraufhin, die Beratung der Initiative zu sistieren und dem Bundesrat den Vorrang zu lassen; sie muss aber bis spätestens im Herbst 2016 diesbezüglich eine definitive Entscheidung fällen.¹

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 02.09.2016
MELIKE GÖKCE

Nach einer rund einjährigen Sistierung der parlamentarischen Initiative zum **Erlernen einer zweiten Landessprache ab der Primarschule** entschied sich die WBK-NR im Herbst 2016, ihren Vorstoss zurückzuziehen. An den eigentlichen Zielen ihrer Vorlage wolle sie zwar noch immer festhalten, verzichte aber mit 18 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung darauf, ihr Anliegen im Rahmen des eingereichten Geschäftes weiterzuverfolgen. Auch wenn ihrer Auffassung nach das Anliegen per se im nationalen Interesse bleibe, erachte die Kommission es nicht für sinnvoll, nebst den bundesrätlichen Bestrebungen zur Harmonisierung des Sprachunterrichtes parallel ein parlamentarisches Verfahren weiterzuführen.²

1) Medienmitteilung WBK-NR vom 5.11.15; Medienmitteilung der WBK-NR vom 01.12.2014; Medienmitteilung der WBK-SR vom 02.09.2015; TA, 21.10.15

2) Medienmitteilung der WBK-NR vom 02.09.2016